



Steht zum Verkauf: Rathaus Wilmersdorf

## DIE LINKE: Hände weg vom Rathaus!

**SPD und Grüne wollen das Rathaus Wilmersdorf und andere Einrichtungen des Bezirkes verkaufen - aber es gibt Alternativen.**

Es hat sich also bewahrheitet, was die Bezirksbühne in ihrer Ausgabe zum Jahreswechsel schon vermutete: Die seit Jahren anhaltende Finanzmisere des Bezirkes führt dazu, dass neben weiteren Immobilien auch das Rathaus Wilmersdorf an den Liegenschaftsfonds überstellt, also faktisch verkauft werden soll. So hat es die SPD-Grüne-Mehrheit in der Bezirksversammlungenversammlung am 8. März mit dem Bezirkshaushalt 2012 - 2013 gegen die Stimmen der LINKEN, der Piraten und der CDU beschlossen.

**Soziale Einrichtungen werden gegen soziale Einrichtungen ausgetauscht**

In der Tagespresse stand zu lesen, dass bereits Interesse von privaten Investoren für die Umwandlung der Büros und Sitzungszimmer des Rathauses in Luxuswohnungen vorhanden

sein soll. Neben dem Rathaus Wilmersdorf stehen noch auf der bezirklichen Verkaufsliste der Abenteuerspielplatz in der Holsteinischen Straße, das erst vor wenigen Jahren eröffnete interkulturelle Haus Pangea im Gebäude der ehemaligen Volkshochschule Wilmersdorf, das Haus des Sports in der Charlottenburger

Arcostraße, das Haus der Jugend Anne Frank, das Kinderhaus Waldschulallee sowie das UCW Unternehmerinnen- und Gründerzentrum. Also alles Einrichtungen, die für den Bezirk und die unmittelbar betroffenen Kieze soziale und zum Teil wirtschaftliche Bedeutung haben. Die Entschuldigung von SPD und Grüne, dass durch den Verkauf der Immobilien soziale Einrichtungen des Bezirkes erhalten werden können, verliert so an Glaubwürdigkeit. Soziale Einrichtungen werden gegen soziale Einrichtungen

ausgespielt. Und: die Übergabe der Immobilien an den Liegenschaftsfonds wird nicht die Finanznot des Bezirkes beheben sondern nur die Zwangsverwaltung durch den Finanzsenator verhindern - bestenfalls bis Ende nächsten Jahres. Dann wird der Bezirk wohl wieder vor einem Haushaltsdefizit stehen und der Finanzsenator mit der Haushaltssperre drohen. Was wird dann vom Bezirk verkauft werden? Hat dann der Bezirk überhaupt noch etwas zum Verkaufen?

**Gehwegen und Straßen sieht man die öffentliche Armut schon lange an**

Weitere massive Einschränkungen bei sozialen Einrichtungen und beim Service für die Bürgerinnen und Bürger werden letztendlich unvermeidlich sein und den Gehwegen und Straßen im Bezirk sieht man die öffentliche Armut schon seit langem an.

Denn das Haushaltsdefizit des Bezirkes wird nicht von ihm

verursacht und kann daher auch nicht von ihm beseitigt werden. Den Bezirken werden immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne dass dem eine angemessene Finanzzuteilung gegenüber steht. Erst jüngst hat Finanzsenator Nußbaum die Forderung der Bezirksbürgermeister, die Geldzuteilungen des Landes an die Bezirke um 111 Millionen Euro zu erhöhen vom Tisch gewischt; vielleicht bewilligt das Abgeordnetenhaus 50 Millionen.

Letztendlich wird aber auch das klamme Land Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf nicht aus der Finanznot helfen können. Es ist schon lange neoliberale Praxis, dass die Struktur des Steueraufkommens von Bund, Ländern und Kommunen zugunsten von Besser- und Bestverdienenden verändert wird und zuungunsten der unteren Mittelschichten und Armen. Die Folge: eine zunehmende Umverteilung von Unten nach Oben und, im Zusammenhang mit Massenarbeitslosigkeit, wachsende Armut und soziale Probleme. Mit denen müssen die Kommunen fertig werden, ohne dass sie angemessene Mehreinnahmen bekommen können.

Dabei gibt es durchaus Möglichkeiten, diesen Trend zu stoppen. So schlägt beispielsweise die LINKE eine Anhebung des Spitzensteuersatzes vor. Auf eine weitere Möglichkeit, vor allem die Länderfinanzen und damit auch Berlins zu verbessern, wies der Bezirksverordnete der LINKEN Wolfgang Tillinger in seiner Rede zum Bezirkshaushalt hin: die Vermögenssteuer. Sie würde als den Ländern zustehende Steuer Berlin etwa eine Milliarde Euro einbringen. An diesen möglichen Mehreinnahmen müssen selbstverständlich auch die Kommunen und in Berlin die Bezirke beteiligt werden.

**Michael Bäse**

# Milliardär Unger lässt die Holtzendorff-Garage verkommen

**Ordnungsamt und Denkmalschutz schauen dabei tatenlos zu.**

Der Verfall und die Vermüllung der denkmalgeschützten Holtzendorff-Garage in der Heilbronner Straße ist seit Jahren ein Ärgernis für Nachbarn und Bezirk. Trotz Zusagen des bis zu den Wahlen für Bauen zuständigen Bezirksstadtrates Gröhler (CDU) ist bis heute nichts passiert. Eigentümer des Grundstücks ist ein schwerreicher Bayer.

Ausgerechnet Peter Unger, der als Gründer von Autoteile Unger durch Autos zum Milliardär wurde, lässt die Holtzendorff-Garage verkommen. Ein Denkmal deutscher Automobilgeschichte und auf der Liste der geschützten Berliner Baudenkmäler.

Das Grundstück ist unzureichend gesichert und total vermüllt. Ein Stelldichein für Ratten und Ungeziefer. Nach Angaben des Bezirksamtes gibt es eine Baugenehmigung

für Wohnungsbau, bei dem das Baudenkmal erhalten bleiben soll. Doch bis heute wartet man vergeblich auf den Baubeginn. Es drängt sich der Eindruck eines stillen Abrisses durch Verfall auf.

Warum sehen Ordnungsamt und Untere Denkmalschutzbehörde tatenlos zu? Die rechtlichen Voraussetzungen für Maßnahmen zur Sicherung des Grundstückes und Beseitigung des Unrats sind gegeben. Nach dem Berliner Denkmalschutzgesetz kann der Eigentümer verpflichtet werden, das Baudenkmal vor Verfall zu schützen. Notfalls können auch Ersatzmaßnahmen auf Kosten des Eigentümers getroffen werden. Wenn der Eigentümer nicht einen schnellen Baubeginn verbindlich zusagt, muss hier schleunigst gehandelt werden!

*Michael Berger*

# Die Autoteile-Unger-Story: Schwerreich durch Autos

**Wie durch Spekulation ein gesundes Unternehmen (beinahe) ruiniert wird.**

Peter Unger ist wie manch anderer durch den Import einer amerikanischen Geschäftsidee zum Milliardär geworden. Er hat es auf die Forbes-Liste der reichsten Menschen Deutschlands und der Welt geschafft. Als Sohn vermögender Eltern und mit Hilfe weiterer Kapitalgeber hat er im Schnelltempo ein Imperium von markenunabhängigen Schnellreparaturwerkstätten aufgebaut. Maßgeblich geholfen hat der Anschluss der DDR. Bis 2002 arbeiteten in rund 600 Filialen 15.000 Mitarbeiter für den Oberpfälzer.

Unger verdankt seinen Mitarbeitern alles. Und er wusste das. Sein guter Umgang hat sie zu Höchstleistungen angespornt. Gedankt hat es Ihnen der umgängliche und humorvolle Chef nicht. 2002 hat er 80 Prozent seiner Firmenanteile an die englische Investmentgesellschaft Doughty Hanson & Co. verkauft. Laut Financial Times für 700 Millionen Euro. Nur zwei Jahre später, 2004, wurden die Anteile für 1,45 Milliarden an die berühmte Monsterheuschrecke Kohlberg Kravis Roberts (KKR) weitergereicht. Ein Supergeschäft und ein Fluch für die Firma. Wie üblich wurde nämlich der Wahnsinnspreis der Firma als Schulden aufgebürdet. Und Autoteile Unger stand 2008 mit Ausbruch der Finanzkrise hochprofitabel, aber völlig überschuldet am Rande des Abgrunds. Die bekannten Folgen: Umstrukturierung, Entlassungen, Arbeitsdruck, schlechtes Betriebsklima und Kundenschwund. Ungers Restanteile wurden zu einem unbekannten Kaufpreis, nach Forbes 360 Millionen Dollar, von Doughty übernommen und 2010 ebenfalls an KKR weitergereicht. Wann die Braut hübsch genug ist für den Börsengang, steht in den Sternen.

Seine Immobilien hat der schlaue Unger natürlich behalten. Oft als LAUDAN GmbH & Co. KG. Die Holtzendorff Garage steckt in der LAUDAN Siebte GmbH & Co. KG.

*Michael Berger*



In Halensee stehen die Holtzendorff-Garagen. Wie lange noch?

## Unstrittiges Denkmal, strittiger Architekt

Unbestritten ist die Holtzendorff-Garage ein architektonisches Denkmal. Im Stil der sachlichen Moderne, offen, transparent, gelungen. Geplant wurde diese Tankstelle in den zwanziger Jahren von Walter Krüger. Kein heute „bekannter Architekt“, wie er im von SPD und Grünen gelobt wird, sondern eher in der Nazi-Zeit. Und deshalb zu Recht umstritten. Denn er hat auch das monumentale Tannenberg-Denkmal in Ostpreußen geplant. Eine völkische Wallfahrtsstätte des Sieges über die rote Gefahr im 1. Welt-

krieg. Und das düstere Grabmal von Heinrich dem Löwen als Slavenbezwinger im Braunschweiger Dom. Teil der kulturellen Kriegsvorbereitung, die im Überfall auf die Sowjetunion mit Millionen von Toten endete. Krüger wurde mit einer Ehrenprofessur durch Hitler belohnt. Kein Anlass, all seine gelungenen Bauwerke zu schleifen. Doch sollte das Doppelgesicht seiner Architektur nicht unterschlagen werden.

*Michael Berger*



# Öffentlich geförderte Beschäftigung (ÖBS) - eine vertane Chance

**Das Ende des rot-roten Senates bedeutet auch das weitgehende Ende des ÖBS. Den Schaden haben die Langzeitarbeitslosen und die Stadt.**

Im Februar 2012 hatte Berlin 228.137 Arbeitslose. Das entspricht 13,2 Prozent und bedeutet bundesweit den vorletzten Platz. Bedenklicher ist jedoch, dass 72.240 von ihnen Langzeitarbeitslose sind und von Sozialhilfe leben - ein Drittel aller Berliner Arbeitslosen. Je länger für den Einzelnen diese Phase andauert, desto schwieriger ist die Suche nach einer Arbeit von der man leben kann.

Und genau da setzt die Idee eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) an: Jenen eine Chance zu geben, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit zu leisten, für die keine oder keine ausreichende kaufkräftige Nachfrage vorhanden ist. 7.500 Stellen sollten geschaffen werden für über-55-jährige Langzeitarbeitslose, Langzeitarbeitslose mit vielfältigen Vermittlungshemmnissen sowie Langzeitarbeitslose, die sich seit mindestens zwei Jahren im ALG-II-Bezug befinden und nachweisbar keine Perspektive im ersten Arbeitsmarkt haben.

## **Es ging um existenzsichernde Arbeit und Dienste für die Stadtgesellschaft**

Es ging dabei um existenzsichernde Arbeit, tariflich bezahlt mit 7,50 Euro die Stunde bzw. einem Minimum von 1.300 Euro monatlich. Genutzt wurden dazu das Instrument des Beschäftigungszuschusses (BEZ) nach § 16e des SGB II oder das Instrument des Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante (AgH-Entgelt).

Die Arbeit, auf freiwilliger Basis, sollte mindestens auf zwei Jahre angelegt sein und anschließend ohne zeitliche Unterbrechung verlängert werden können.

Damit jedoch vorhandene reguläre Beschäftigung nicht verdrängt wurde, wurden die Einsatzfelder mit den Sozialpartnern der Stadt abgestimmt und die geschaffenen Stellen regelmäßig von einem Landesbeirat kontrolliert, in dem die lokalen Sozialpartner vertreten waren. Eine Evaluation sollte überprüfen, ob Maßnahmen halten, was sich das Land Berlin davon versprach.

Es ging eben nicht nur um Arbeitsbeschaf-

fung, sondern um wertvolle Dienste für die Berliner Stadtgesellschaft. Vorrang hatten solche Projekte, die Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen betreuten und ihre Mobilität förderten. Sie begleiten - soweit es sie noch gibt - bei Bedarf Familien in ihrem eigenen Wohnumfeld auf Elternabende, auf Ämter oder zu Ärzten. Mit ihrer Hilfe konnten ältere Menschen länger zu Hause leben, Mütter Beruf und Familie unter einen Hut bekommen, Kinder lernen, was gesundes Essen ist und Migrantinnen und Migranten sich besser verständlich machen.

Wo solche Arbeit benötigt wurde, wussten die Verantwortlichen vor Ort am besten. Deshalb entschieden die bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit in Absprache mit den Jobcentern, welche Maßnahmen gefördert werden sollten.

## **ÖBS in Charlottenburg-Wilmersdorf**

Und gab es das bei uns in Charlottenburg-Wilmersdorf auch? Ja es gab auch hier ÖBS-Stellen. Für unseren Bezirk wurden 93 Plätze für ÖBS-Maßnahmen nach § 16e SGB II bewilligt, 161 Plätze in ÖBS-Maßnahmen nach § 16 d SGB II (AGH-Entgelt) und Beschäftigungszuschüsse für Ältere für 12 Plätze. ÖBS-Arbeitsplätze wurden in Schulen, in der Grünflächenpflege sowie im Breitensport geschaffen und auch bei der Migrationsbeauftragten und bei der Kommunalen Galerie.

Die Bundesagentur für Arbeit reduzierte ihre Förderung von ÖBS-Stellen in Berlin von 677 Millionen Euro im Jahr 2010 auf nur noch 490 Millionen Euro im Jahr 2011.

Das musste sich auswirken: es gab in Charlottenburg-Wilmersdorf nur noch elf Stellen jedoch diese mehrheitlich für zwölf Monate. Sechs Stellen wurden in Schulen bereitgestellt, vier im örtlichen Museum und eine im SC-Mollwitzstraße.

Was gut war für Kieze, Schulen, Gartenämtern, Beiräten, Museen oder kommunalen Galerien und gut war für die Menschen selbst, war in der Stadt zu wenig bekannt und blieb problematisch für die SPD. Vom Steckenpferd der Linken war die Rede, von „Luxus-Arbeitsplätzen“, mit Ergebnissen, die schwer messbar waren - „zu teuer und zu ineffektiv“.

Zu teuer? Die Kosten wurden vom Land und Bund getragen und beliefen sich für Berlin auf 169 Mio. Euro - eine Summe, die immer wieder auch in der rot-roten Koalition kontrovers diskutiert wurde. Schaut man jedoch genauer hin, hieß das - unter Berücksichtigung aller Kosten, Einsparungen und Steuern - 279 Euro pro Person und Monat und für ca. 5.600 Stellen für gemeinwohlorientierte existenzsichernde Arbeit. Aber das zählte nicht. Es ist von Kosten die Rede, wie immer, wenn es ums Streichen geht. Da wurde nicht die Frage nach anderen Wegen gestellt, oder gar die Frage danach, was ein gesellschaftlicher Bedarf ist. Auch nicht die nach einer vielleicht neuen Verknüpfung von ÖBS-Arbeit mit Quartiersmanagement - dem Steckenpferd der SPD.

Nach der Wahl wird abgewickelt - auch bei uns. Statt ÖBS „Berlinarbeit“ auf Sozialhilfeniveau und nicht existenzsichernd.

Viele Menschen fanden durch ÖBS wieder eine sinnvolle Beschäftigung. Drei Jahre dauerte der ÖBS, die berühmten 1-Euro-Jobs oder MAE nur sechs Monate. Das gab Sicherheit. Gerade auch für Menschen, die in früheren harten Jobs, etwa auf dem Bau oder im Handwerk, nicht mehr körperlich schwere Arbeit leisten konnten. Aber es ging auch um Infrastrukturmaßnahmen, um Projekte, die nun dicht machen, um reale Bedarfe gesellschaftlichen Lebens.

Zu viel wird nur in Ressorts gedacht - auch von den Linken selbst - und zu wenig in konkreten Lebens- und Arbeitsräumen, die nicht ausschließen, sondern integrieren sollen, damit selbstbestimmtes Leben in Würde für jede und jeden überhaupt möglich wird, gerade auch in zunehmend sozial auseinander driftenden Stadtgesellschaften.

**Wer mehr wissen will: [www.oeps-berlin.de](http://www.oeps-berlin.de)**

**Cornelia Hildebrandt**

Gute Arbeit. ÖBS

DIE LINKE. Berlin



Auftakt des Volksbegehrens "Neue Energie für Berlin"

# Volksbegehren: Neue Energie für Berlin

**Vier Konzerne beherrschen den deutschen Energiemarkt - zu lasten der privaten Verbraucher und der Umwelt. Doch es geht auch anders.**

## Zum Hintergrund

Der deutsche Energiemarkt wird von vier Großkonzernen beherrscht: Vattenfall, E.ON, RWE und EnBW. Sie betreiben Großkraftwerke auf der Basis von Kohle und Atomkraft und wollen auch bei Projekten mit erneuerbaren Energiequellen mit Großanlagen wie Off-Shore-Windparks und riesigen Solaranlagen (z.B. desertec in der Sahara) Profite machen. Diese sollen auch durch Drohkulissen durchgesetzt werden: Angeblich drohen Stromengpässe, wenn nicht schnell riesige Überlandleitungen genehmigt werden, um den Strom aus den geplanten Off-Shore-Anlagen in den „stromhungrigen“ Süden transportieren zu können. So können die Energiepreise hoch gehalten werden.

Über ihre Tochtergesellschaften, die die Verteilernetze betreiben, beeinflussen sie die Lieferbedingungen für Energie; insbesondere die Preisgestaltung; industrielle Großkunden zahlen deutlich niedrigere Preise als die privaten Haushalte. Durch massiven Druck auf die Politik und willfährige Handlanger der schwarz-gelben Bundesregierung und in den sie tragen-

den Parteien werden ihre Profite abgesichert und der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen verzögert und verwässert. Lediglich bei dem Beschluss über den Ausstieg aus der Atomenergie nach der Fukushima-Katastrophe hat die Bundesregierung einmal nicht auf die Energiekonzernlobby gehört. Jetzt rudert sie zurück: Die staatliche Förderung von Photovoltaik-Anlagen wird reduziert - die Bedingungen für alternativ und dezentral erzeugter Energie verschlechtern sich.

Dagegen können Alternativen aufgebaut werden. Mit der jetzt angelaufenen ersten Stufe eines Volksbegehrens soll die Basis für die Durchsetzung eines „Gesetzes für die demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung in Berlin“ gelegt werden.

## Die Ziele des Volksbegehrens

Die Berliner Netzkonzessionen laufen bald aus: für Gas Ende 2013; für Strom und Fernwärme Ende 2014. Das Stromnetz wird zurzeit von einer Vattenfall-Tochter betrieben, das Gasnetz von einer Tochtergesellschaft der

vollständig privatisierten GASAG (Anteilseigner: E.ON Ruhrgas, Vattenfall, SUEZ).

Mit dem Volksbegehren wird eine öffentliche Berliner Netz-Gesellschaft und der Aufbau eines kommunalen Energieversorgers („Berliner Stadtwerk“) gefordert.

Mit dem Betrieb der Netze durch das Land Berlin kann von einer politisch nicht beeinflussbaren Verteilung durch die Konzerne hin zu einer politisch

## Die Bereitstellung von Energie ist öffentliche Daseinsfürsorge

steuerbaren Energieversorgung umgesteuert werden. Dadurch wird verhindert, dass die privaten Netzbetreiber Renditen erzielen, die dem gezielten Umbau zu dezentral erzeugten Energien, für Dienstleistungen zur Steigerung der Energieeffizienz und für Sozialtarife fehlen.

Der zentralistischen Energieversorgung durch Großkonzerne steht das Konzept des Aufbaus von dezentralen Anlagen zur Erzeugung von Energie, wie zum Beispiel das geforderte Berliner Stadtwerk, aus erneuerbaren Rohstoffen in öffentlicher Trägerschaft gegenüber. Mit dem politischen Willen zum konsequenten und schnellen Um-

steuern und wegen des direkteren regionalen und politischen Bezugs zwischen Stromerzeuger und Verbrauchern können kontrollierte und beeinflussbare Prozesse in Gang gesetzt werden, etwa zum Bau von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, für Lösungen zur integrierten Strom- und Wärmeversorgung sowie Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs durch Programme zur Wärmedämmung und durch den Einsatz energieeffizienterer Maschinen und Geräte.

DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren, das von einem breiten Bündnis von Organisationen gestartet worden ist. Wir wollen, dass Berlin seine Energieversorgung nach ökologischen, demokratischen und sozialen Kriterien wieder selbst in die Hand nimmt.

Demokratisch: Neben dem Senat und den Beschäftigten sind die Berlinerinnen und Berliner per Direktwahlen im öffentlich tagenden Verwaltungsrat vertreten. Zusätzliche Bürgerversammlungen unterbreiten Vorschläge, die dann vom Verwaltungsrat behandelt werden müssen.

Ökologisch: Die Stromerzeugung setzt vollständig auf erneuerbare Energien und ist - nach einer Übergangszeit - kohlendioxid-neutral und kommt ohne Atomkraft aus. Weil das Land Berlin selbst Betreiber des Netzes ist, kann gesetzlich ausgeschlossen werden, dass Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken in das Netz eingespeist werden. Ökologisch und regional erzeugte Energie spielt eine große Rolle: Z.B. kann die BSR aus Biomasse-Anlagen gewonnene Energie liefern.

Sozial: Das Stadtwerk soll bei der Preisgestaltung und den Lieferbedingungen zuallererst den Berlinerinnen und Berlinern verpflichtet sein und bei der Vermeidung von sogenannter Energiearmut aktiv mitwirken. Durch Energieberatung als Pflichtaufgabe sowie der Unterstützung bei der Anschaffung energiesparender Geräte sollen Energieverbrauch und -kosten sinken.

Für das Volksbegehren müssen bis Juni 2012 20.000 gültige Unterschriften von wahlberechtigten Berlinerinnen und Berlinern gesammelt und vorgelegt

Fortsetzung auf Seite 5



von Seite 4

werden. In der zweiten Stufe des Volksbegehrens sind 172.000 Unterschriften notwendig. Danach kommt es zum Volkentscheid. Wir bitten Sie, den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens zu unterzeichnen und für die Unterzeichnung zu werben. Unterschriftenlisten zum Herunterladen und weitere Informationen zum Volksbegehren finden sie unter [www.berliner-energetisch.de](http://www.berliner-energetisch.de). Die Unterschriftenlisten können auch in der Geschäftsstelle der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf abgeholt werden.

Walter Mayer

## EINLADUNG

DIE LINKE, Charlottenburg-Wilmersdorf lädt Sie zu einer öffentlichen Mitgliederversammlung am **Mittwoch, dem 11. April 2012 um 19.00 Uhr** in ihre Geschäftsstelle Behaimstraße 17 ein zum Thema

◀ **Energieversorgung als Öffentliche Daseinsvorsorge**

Wie ist sie zurzeit organisiert? Und wie soll sie organisiert sein?

Es wird Michael Efler vom BürgerBegehren Klimaschutz und Vertrauensperson des Volksbegehrens sprechen, der auch Ihre Fragen zum Thema und zum Volksbegehren beantworten kann.

◀ Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

# Berliner Wassertisch: RWE und Veolia erklären Berlin den Krieg!

**Nichtveröffentlichte Bestandteile der Wasserverträge sind nun ungültig. RWE und Veolia klagen dagegen.**

Es ist nun genau ein Jahr her, seit dem das Ergebnis des ersten erfolgreichen Berliner Volksentscheids als Gesetz zur Offenlegung der Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) verkündet wurde. Ein entscheidendes Jubiläum: denn eine wichtige Bestimmung des Gesetzes ist die Regelung, dass alle Bestandteile der betreffenden Verträge sowie Nebenverträge, -absprachen und Beschlüsse ihre Gültigkeit verloren haben, sofern sie noch nicht veröffentlicht worden sind. Vor allem dagegen haben RWE und Veolia, private Anteilseigner der BWB, Klage beim Bundesverfassungsgericht erhoben.

Die Überzeugung des Berliner Wassertisches, Initiator des besagten Volksentscheides, dass noch längst nicht alles der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden ist, was eigentlich bekannt sein soll, wird durch diese Klage noch weiter bestärkt: "Die Klage von RWE und Veolia kommt für uns nicht überraschend, denn das Ganze war höchst absehbar. Die Klage ist für uns Kriegserklärung an die Berliner Bevölkerung und Eingeständnis zugleich. Wir sind überzeugt, dass noch vieles im Dunkeln liegt, was das Licht der Öffentlichkeit scheuen muss", so Wassertisch-Sprecherin Ulrike von Wiesenau. "Es geht um nichts weniger als um die größte Teilprivatisierung innerhalb der EU und den Musterfall eines PPP-Vertrages, der den Konzernen ohne unternehmerisches Risiko hohe Gewinngarantien und Entscheidungsbefugnisse zu Lasten der Allgemeinheit einräumt".

Bereits im Dezember letzten Jahres hat das Bundeskartellamt die überhöhten Berliner Wasserpreise gerügt. Und es könnte den privaten Miteigentümern der BWB noch Ungemach aus Brüssel drohen: seit dem letzten Sommer überprüft die Europäische Kommission aufgrund einer Beschwerde der Berliner Verbraucherzentrale und Transparency International die Wasserverträge auf mögliche Verstöße gegen das europäische Vergabe- und Beihilferecht. Vor allem interessiert die Kommission die Gewinngarantie für die privaten Anteilseigner. Die muss nun vom Senat gegenüber der EU-Kommission begründet werden.

Michael Bäse



Wolfgang Tillinger: engagiert für Mieterinteressen am Klausener Platz.

## GEWOBAG kontra Mieter

**Am Klausener Platz will die GEWOBAG Wohnungen sanieren und Mieten erhöhen. Dagegen gibt es Widerstand - unterstützt von der LINKEN.**

Die landeseigene gemeinnützige Wohnungsbau Aktiengesellschaft (GEWOBAG) hat nun im Klausener-Platz-Kiez Sanierungsmaßnahmen angekündigt, die Mietsteigerungen von bis zu 50 Prozent und mehr zur Folge haben. Maßnahmen, die teilweise so gar nicht notwendig sind. Zum Beispiel sollen die sanitären Einrichtungen in den betroffenen Wohnungen erneuert werden, obwohl ein Teil der Mieter diese vor kurzem selbst neu eingebaut haben. In einem Fall will die GEWOBAG sogar den behindertengerechten Umbau einer Wohnung wieder rückgängig machen!

Die Hinterhofwohnungen eines Seitenflügels

sollen Balkons bekommen. Die Mieter haben seit 30 Jahren keinen und wollen auch keinen. Zumal die Zugänge zu den Balkonen die Wohnflächen unverhältnismäßig stark beeinträchtigen.

Alles dies erzeugt Wut und Angst und so suchen die Mieter und ihre Vertretung, der Mieterbeirat Klausenerplatz nach Möglichkeiten, die GEWOBAG zu einem für die Mieter nachvollziehbaren und bezahlbaren Handeln zu zwingen.

Hier hat DIE LINKE als einzige Partei die Initiative ergriffen und gemeinsam mit dem Mieterbeirat zu einer Mieterversammlung eingeladen. In dieser Versammlung, sie hat am 21. März stattgefunden, diskutierte Uwe Doering, Mitglied des Abgeordnetenhauses, und die anwesenden Mitglieder des Mieterbeirates mit den betroffenen Mietern, um nach einer gemeinsamen Vorgehensweise zu suchen. Erste Ergebnisse sind parlamentarische Anfragen der LINKEN im Abgeordnetenhaus zur Situation an den Senat. Außerdem will Uwe Doering beim Senator für Stadtentwicklung und der GEWOBAG dafür eintreten, dass die Maßnahmen noch einmal überdacht und mit den Mietern bedarfsgerecht abgestimmt werden.

Die Mieter selbst werden Aktionen vorbereiten, um die Aufmerksamkeit der Medien zu wecken, damit über eine Berichterstattung der Druck auf den Senat und die GEWOBAG erhöht wird.

In einem Netzwerk werden Mieter, Mieterbeirat und die LINKE sich zukünftig schneller gegenseitig informieren, das Getane dokumentieren und den Kontakt zu anderen Bezirken und den dort stattfindenden Protestaktionen herzustellen. Außerdem sollen die Gespräche zwischen Mietern, Mieterbeirat und der LINKEN fortgesetzt werden.

Ein erster Schritt für die LINKE, um im Klausener-Platz Kiez als die Partei, die sich um die Belange der Menschen kümmert, gesehen und akzeptiert zu werden. Die Teilnehmer haben zumindest signalisiert, dass wir die ersten sind, die zugehört und Vorschläge gemacht haben.

Wolfgang Tillinger

# Schläft das JobCenter oder spart es schon?

## Betroffene mit dezentraler Warmwasserbereitung haben Anspruch auf Mehrbedarf.

Mit der Gesetzesänderung vom April 2011 wurde korrigiert, was bisher im SGB II keine Beachtung fand – daß auch Hartz-IV-Betroffene Warmwasser benötigen und dies in der Leistungsgewährung berücksichtigt werden sollte.

Betroffene mit dezentraler Warmwasserversorgung haben somit Anspruch auf Mehrbedarf, weil die Kosten dafür in den Strom- bzw. Gaskosten enthalten sind, die aus dem Regelsatz zu bezahlen sind.

### Was ist dezentrale Warmwasserbereitung?

Das ist die Warmwasserbereitung am Ort des Verbrauches bzw. mit minimaler Leitungslänge mit Hilfe von Durchlauferhitzer bzw. Boiler.

Durchlauferhitzer – erwärmt das Wasser beim „Durchlaufen“, d. h. es wird nur solange Wasser erwärmt, solange es fließt, der Wasserhahn geöffnet ist. Boiler – ein Gefäß wird mit Wasser gefüllt und dann wird das Wasser erwärmt. Wenn das Gefäß entleert ist, muß es erneut gefüllt werden, um Wasser aufzuheizen.

Im Mietvertrag ist nachzulesen, wer für die Instandhaltung und Wartung zuständig ist.

Wenn Sie als Mieter dafür verantwortlich gemacht werden, können Sie die entsprechenden Kosten beim JobCenter beantragen.

Wenn keine dezentrale Warmwasserbereitung vorliegt, sind die Kosten der Warmwasserbereitung Bestandteil der Kosten der Unterkunft (zentrale Warmwasserversorgung; Warmwasserbereitung über Therme).

Eigentlich ist das JobCenter verpflichtet, selbständig den Mehrbedarf zu ermitteln und auszu zahlen. Leider passiert das nicht oft. Was ist zu unternehmen?

1. Antrag stellen
2. geforderte Unterlagen einreichen
3. Bescheid und Zahlungen überprüfen
4. auf Ablehnungen reagieren

### 1. Antrag stellen

Der Antrag kann formlos gestellt werden: „Hiermit beantrage ich die Gewährung eines Mehrbedarfes aufgrund meiner dezentralen Warmwasserversorgung ab dem 01.01.2011 für meine Bedarfsgemeinschaft.

Wie aus meinem Mietvertrag ersichtlich ist, erfolgt die Warmwasserversorgung in meiner Wohnung elektrisch/mit Gas und ist daher nicht von meinem Regelsatz gedeckt.“

Zu beachten ist, daß der Mehrbedarf nur während der Zeit des ALG-II-Bezuges gewährt wird.

Falls seit dem 1.1.2011 die Wohnung gewechselt wurde, ist für die verlassene Wohnung gegebenenfalls rückwirkend ein Antrag zu stellen.

### 2. geforderte Unterlagen einreichen

Eigentlich liegen den JobCentern die Mietverträge vor, in denen Durchlauferhitzer bzw. Boiler aufgeführt sind. Einige JobCenter verlangen noch Schreiben der Vermieter über das Vorhandensein von Boilern bzw. Durchlauferhitzern und auch ein erneutes Ausfüllen des Antrages auf Übernahme der Kosten der Unterkunft (1 Blatt).

### 3. Bescheid und Zahlungen überprüfen

Die JobCenter überprüfen die Anträge und bewilligen die Leistungen pro Person und Monat unabhängig von der Anzahl der Durchlauferhitzer bzw. Boiler:

### 4. mögliche Ablehnungsgründe des JobCenters

Wenn alle oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind, hat das JobCenter keinen Grund, den Mehrbedarf wegen dezentraler Warmwasserversorgung abzulehnen.

Die JobCenter sind erfindungsreich bei der Formulierung von Ablehnungen:

- „Ihre Wohnkosten sind ohnehin zu hoch, da gewähren wir den Mehrbedarf nicht“

Widerspruch! Der Mehrbedarf (§ 21 SGB II) wird unabhängig von den Kosten der Unterkunft (§ 22 SGB II) gewährt.

- „Das Darlehen für Energierückstände wird abgelehnt.“

Widerspruch! Es wurde kein Darlehen beantragt.

- „Wir überweisen die Gas/Stromabschläge direkt. Da gibt es keinen Mehrbedarf“

Widerspruch! Der Mehrbedarf hat nichts mit Direktüberweisung von Abschlägen zu tun!

- „Der Antrag wurde zu spät gestellt“

Widerspruch! Eigentlich hätte das JobCenter selbständig handeln müssen. Wir helfen „nur“ nach. Und da gibt es keine Fristen!

ACHTUNG! Wenn Sie nachweisen können, daß Ihre Warmwasserkosten höher sind, als die Beträge in der Tabelle, ist das JobCenter verpflichtet, die tatsächlichen Kosten zu erstatten.

### § 21 SGB II - Mehrbedarfe

- ...  
(7) Bei Leistungsberechtigten

## Hartz IV abwählen!

Dieses Gesetz demütigt, grenzt aus und macht arm, vor allem Kinder. Also weg damit! Wir kämpfen für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt. [www.fuer-gerechtigkeit.de](http://www.fuer-gerechtigkeit.de)

**DIE LINKE.**

DIE LINKE

wird ein Mehrbedarf anerkannt, soweit Warmwasser durch in der Unterkunft installierte Vorrichtungen erzeugt wird (dezentrale Warmwassererzeugung) und deshalb keine Bedarfe für zentral bereitgestelltes Warmwasser nach § 22 anerkannt werden. Der Mehrbedarf beträgt für jede im Haushalt lebende leistungsberechtigte Person jeweils

1. 2,3 Prozent des für sie geltenden Regelbedarfs nach § 20 Absatz 2 Satz 1 oder Satz 2 Nummer 2, Absatz 3 oder 4,

2. 1,4 Prozent des für sie geltenden Regelbedarfs nach § 20 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 oder § 23 Nummer 1 bei Leistungsberechtigten im 15. Lebensjahr,

3. 1,2 Prozent des Regelbedarfs nach § 23 Nummer 1 bei Leistungsberechtigten vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres oder

4. 0,8 Prozent des Regelbedarfs nach § 23 Nummer 1 bei Leistungsberechtigten bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres,

soweit nicht im Einzelfall ein abweichender Bedarf besteht oder ein Teil des angemessenen Warmwasserbedarfs nach § 22 Absatz 1 anerkannt wird.

Dagmar Krebs

## Warmwasserkosten (in Euro)

Jahr	Ehe Lebenspartnerschaft	Volljährige 18 – 24 Jahre	Jugendliche 14 – 17 Jahre	Kinder 6 – 13 Jahre	Kinder bis 5 Jahre
2011	8.00	7.00	4.00	3.00	2.00
2012	7.75	6.87	4.00	3.00	1.75





DIE LINKE. kämpft gegen Rechts -auch in Charlottenburg-Wilmersdorf.

# Konsequent gegen Rechts

**Auch im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf sind Rechtsradikale aktiv – und treffen auf bürgerliches Engagement und Gegenwehr**

Es ist die Nacht zum 14. Februar 2012: Im Ökumenischen Zentrum "Wilma 163" werden, in der Wilmersdorfer Str. 163, zwei Türschlösser zerstört. Sie wurden mit einer reizen- den Flüssigkeit unbrauchbar gemacht. Ein Mitarbeiter stellte den Schaden gegen 9 Uhr morgens fest. Für den 14. Februar war eine Informationsveranstaltung zu "Rechtsextremismus in Deutschland" mit Prof. Dr. Hajo Funke angekündigt worden. 38 von 40 Plakaten, die die Veranstaltung in der Nachbarschaft der Wilma 163 bewarben, waren in den Tagen zuvor abgerissen und zerstört worden.

Eine zwei Wochen zuvor hatte die neonazistische Gruppe Nationaler Widerstand (NW) Berlin den S-Bahnhof Zoologischer Garten für eine Aktion genutzt: Auf einer Wartebank auf dem Bahnsteig wurde eine menschengroße, mit weißem Overall bekleidete Stoffpuppe drapiert. Sie trug ein Schild mit der Aufschrift "Mit mir starb eine ganze Stadt". Damit sollte auf die Verstorbenen der alliierten Bombardierungen der Stadt Dres-

den im Februar 1945 angespielt werden. Dies nutzte NW Berlin zur Werbung für den Neonazi-Fackelmarsch in Dresden am 13. Februar 2012. Dazu verteilte NW Berlin Flugblätter, in denen geschichtsverdrehend von "angloamerikanischen Terrorbomben" die Rede war. Die Aktion wurde später in der S-Bahn wiederholt und war in mehreren U- und S-Bahn-Linien zu sehen. Zwei kleine Beispiele nur, die jedoch eines zeigen: Nazis sind durchaus im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf aktiv. Die Palette rechtsextremer Aktivitäten reicht von Hakenkreuzschmierereien über rassistische Beleidigungen bis hin zu Körperverletzungen mit fremdenfeindlichem oder homophoben Hintergrund.

Gegen den rechtsextremen Spuk formiert sich antifaschistisches Engagement – und erzielte im letzten Jahr auch Erfolge. So wurde der Versuch, einen Laden mit Kleidung der Nazi-Szene im Europacenter zu etablieren, erfolgreich verhindert.

Anfang Dezember 2011 stellte ein Bekleidungsladen im Europa-Center sein Sortiment komplett um. Zuvor wurde vor allem unauffällige Freizeitbekleidung verkauft, am nächsten Tag prangte dann plötzlich ein großes „Viking Brands“-Banner über dem Eingang, im Sortiment befanden sich unzählige „Thor-Steinar“-Artikel. Das Center-Management zeigte sich geschockt, ließ dem Betreiber jedoch umgehend eine einstweilige Verfügung zustellen. Diese besagte, dass das Geschäft weder die Marke vertreiben noch

bewerben dürfe. Zuerst schien es so, als ob die Angestellten dem nachkommen würden: Eine Angestellte verklebte die Schaufenster, die „Thor-Steinar“-Produkte wurden aus dem Laden entfernt. Doch nur kurze Zeit später nahmen die Betreiber stattdessen einfach die ebenfalls einschlägig bekannte Marke „Erik & Sons“ in das Sortiment auf und eröffneten den Laden neu. Die Verantwortlichen des Europacen-

ters hatten daraufhin offenbar derartig die Nase voll, dass sie eine Räumungsklage gegen das Geschäft einreichten.

In Charlottenburg-Wilmersdorf hatte sich eigens aufgrund der Eröffnung des umstrittenen Ladens ein Bündnis gegen Rechts gegründet. Es verteilte unter anderem Flyer gegen den Shop im Europa-Center und klärte Passanten auf. Nachdem bekannt wurde, dass das Geschäft seine Pforten offenbar für immer dicht machen würde, zeigte man sich beim Bündnis ebenfalls erleichtert. „Die Schließung ist auch eine Folge des politischen Drucks, den das Bündnis gegen Rechts Charlottenburg-Wilmersdorf ausgeübt hat. Wir werden weiter beobachten was im Europa-Center passiert und wollen weiterhin Nazistrukturen konsequent angehen“, sagte ein Sprecher des Bündnisses.

Auch in der bezirklichen Jugendarbeit spielt demokratisches Engagement gegen die Nazis eine Rolle. So zum Beispiel beim Jugendzentrum „Schloss 19“: Hier fand am 27. August 2011 ein antifaschistisches Konzertevent statt – 300 zumeist jugendliche Besucher kamen zum Ereignis. Titel: „4/4 gegen 88“. Die 88 ist ein Codezahl der Neonaziszene – der achte Buchstabe des Alphabets ist H, 88 steht für „Heil Hitler“. „4/4 gegen 88“ richtete sich gegen Naziaktivitäten in Charlottenburg-Wilmersdorf. Das Bündnis gegen Rechts hatte dazu eine Ausstellung vorbereitet.

Apropos Ausstellung: Lohnend für politisch Interessierte ist eine Ausstellung über das ehemalige Gerichtsgefängnis in der Kantstraße 79, in dem während der Zeit des Nationalsozialismus zahlreiche Widerstandskämpferinnen und Angehörige der „Roten Kapelle“ inhaftiert wurden, während sie auf die Verlegung ins Zuchthaus oder die Hinrichtung in Plötzensee warten mussten. Die Ausstellung präsentiert 32 Biografien und die Erlebnisse der inhaftierten Frauen. Eine Mahnung an die Verbrechen in der Vergangenheit – und ein Auftrag, auch heute konsequent gegen rechtsradikale Umtriebe vorzugehen.

*Stefan Bornost*

# Soziale Politik kommt nicht von ungefähr...

**...sie braucht Information und Bildung. Der sozialpolitische Arbeitskreis der Partei DIE LINKE in Charlottenburg Wilmersdorf legt dafür ein neues Programm in zwei Themenkreisen vor.**



Elmar Altvater

Der erste Themenkreis ist der Euro- und Währungskrise gewidmet, also der politischen Situation, die jetzt und in den kommenden Jahren nicht nur in Griechenland sondern auch bei uns die soziale Situation weiter verschlechtert. Zugunsten des großen Kapitals, der Vermögenden und zu Lasten der Mehrheit der Bürger, zu Lasten der Kommunen, der Bildung und Kultur.

Ein zweite Themenreihe beschäftigt sich mit den Bedingungen von Politikvermittlung. Warum ist die sog. Politikverdrossenheit bei jungen Menschen so ausgeprägt. Handelt es sich nicht eher um eine Parteienverdrossenheit? Wie konnte die Piratenpartei dagegen ankommen? Für DIE LINKE ist das eine Frage an die eigenen Strukturen und ihren gelebten Politikausdruck.

Bereits am 6. März haben wir unser Programm mit einer Veranstaltung mit dem Politologen Elmar Altvater begonnen. Er beleuchtete nicht nur Ursachen, Etappen und Zusammenhänge der heutigen Schuldenkrise, sondern auch ihre Vorgeschichte seit der neo-

liberalen Konterrevolution in den 1970er Jahren. Eine Konterrevolution mit einem Heilsversprechen und der Ideologie "Die Märkte werden sich selbst und uns besser regieren als jede Politik"

Die Märkte und ihre Politiker (von Reagan über Thatcher bis Rot-Grün) taten wie es die immer größeren Kapitalmengen im globalen Casino verlangten, um Profite von 20, 30 und mehr Prozent abzuwerfen. Gewöhnliche Renditen aus gewöhnlicher Unternehmenstätigkeit waren angesichts gesättigter Märkte einfach zu lumpig.

Altvater schilderte den Fortgang dieser Politik-Verbrechen, die erst die Entwicklungsländer in eine nie dagewesene Schuldenkrise stürzten, dann aufstrebende Ökonomien wie die asiatischen Tigerstaaten, Argentinien, Mexiko, Russland. Jede dieser Krise 'geheilt' durch IWF durch Austeritätspolitik, Währungsabwertung und Ausverkauf der betroffenen Länder. Raubbau an Natur und Menschen bis zu Hunger-

revolten waren der Preis. Einen ausführlichen Bericht zu dieser Veranstaltung finden sie unter [www.die-linke-charlottenburg-wilmersdorf.de](http://www.die-linke-charlottenburg-wilmersdorf.de)

Im April werden wir uns mit relevanten linken Analysen zur europäischen Finanz- und Schuldenkrise beschäftigen sowie mit der Politik der LINKEN zu diesem Problem. Einen Monat später beginnen wir uns in einer Einführungsveranstaltung dem zweiten Themenkreis zuzuwenden. Nach der Sommerpause setzen wir unser Programm mit einer Podiumsdiskussion mit Mitgliedern der Piratenpartei und der LINKEN zum Thema "Politikverdrossenheit - was tun?" fort. In der Septembervernstaltung

**Märkte und Politiker taten es, wie es das Kapital verlangte.**

blicken wir auf das Programm zurück, fassen die Erkenntnisse, die wir aus ihm gewonnen haben zusammen und überlegen uns,

was wir in weiteren Diskussionen und Fortbildungsveranstaltungen besser machen können.

Die Termine für die weiteren Veranstaltungen, sie alle finden in der Geschäftsstelle der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf statt, finden sie in der Bezirksbühne oder unter [www.die-linke-charlottenburg-wilmersdorf.de](http://www.die-linke-charlottenburg-wilmersdorf.de). Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Eckhard Dietz

## Termine

- 3.4., 19 Uhr - **AK Hartz IV**
- 4.4., 19 Uhr - **AK rot & schlau:**  
Gesprächskreis Politische Bildung.  
Thema: Mieten und Wohnen als  
Thema LINKER Politik  
weiterer Termin: 2.5. Das Thema entnehmen sie bitte der Homepage des Bezirksverbandes.
- 5.4., 19 Uhr - **BO Wilmersdorf-**  
weiterer Termin: 3.5
- 10.4., 19 Uhr - **Antikapitalistisch-**  
sozialistischer Arbeitskreis  
weiterer Termin: 22.5
- 10.4., 19 Uhr - **Kommunalpoli-**  
tischer Arbeitskreis  
Ort: Rathaus Wilmersdorf, Raum 3105  
weitere Termine: 21.4., 21.5.
- 11.4., 19 Uhr - **öffentliche Mit-**  
gliederversammlung der LINKEN  
Charlottenburg-Wilmersdorf mit  
dem Thema "Energieversorgung  
als öffentliche Daseinsvorsorge  
(näheres dazu auf Seite 4 und 5)"
- 24.4., 19 Uhr - **Sozialpolitischer**  
Arbeitskreis mit dem Thema  
"europäische Finanz- und Schuldenkrise: Relevante Analysen im linken Umfeld, Was tut DIE LINKE?"  
weiterer Termin: 22.5 Thema: "Bedingungen von Politikvermittlung: Ursachen, Folgen und Umgang mit Politikverdrossenheit"

Wenn nicht anders angegeben, finden alle Veranstaltungen in der Geschäftsstelle der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf, Behaimstraße 17, statt.

### Hartz IV: Betroffene helfen Betroffenen

Am 3.4., 14.4. und am 15.5. um 17 Uhr und Donnerstags um 10 Uhr jeweils in der Geschäftsstelle, Behaimstraße 17.

### DIE LINKE. Mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht: Sei linksaktiv und Du kannst sofort anfangen.

### Nimm Kontakt zu uns auf: Geschäftsstelle des Bezirksverbandes

Charlottenburg-Wilmersdorf  
Behaimstraße 17  
10585 Berlin  
Tel. 3377 8168  
Nähe U-Bahnhof Richard-Wagner-Platz (U7), Bus M 45  
**Öffnungszeiten**  
Montag, Dienstag, Mittwoch  
14 bis 18 Uhr  
Donnerstag, Freitag  
10 bis 18 Uhr

## Impressum Bezirksbühne

Herausgeber: Bezirksvorstand  
DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf

V.i.S.d.P.: Walter Mayer

E-Mail: [bezirksbuehne@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:bezirksbuehne@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de)

Redaktionsschluss: 15.3.2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.